

festhalten, geriet er mit der rechten Hand in die elektrische Verbrüdung und fiel dann auf die Leitung. Er erlitt schwere Verbrennungen, die in kurzer Zeit seinen Tod herbeiführten. Ein Hund im 27. Jahre lebte. Von dem Bergpolizei-Bezirksamt wurde die Untersuchung sofort eingeleitet, ein Verhaftetes eines Dritten kommt nicht in Frage.

Elend. Aus Angst vor dem Stock aus dem Fenster. Ein 11jähriger Schulknabe, der eine Zuchtigung von seinem Vater befürchtete, schloß sich hier in seiner Wohnung ein und sprang, als er den Vater nach hinten sah, aus dem Fenster der im dritten Etage gelegenen Wohnung. Zwei schweren Verletzungen mußte er ins Krankenhaus überführt werden.

Reichartshausen. Krieg mit Raspatronen. Bei Reparaturarbeiten am Kirchturn wurde ein Bericht über das Gefecht am 4. Juli 1866 bei Reichartshausen im Lurntopf gefunden. Er ist von dem damaligen Lehrer Redt geschrieben worden. Bei diesem Gefecht sind im ganzen drei Kanonenschiffe gefallen; die dritte Kugel schlug in ein Haus und zündete im Kellergeschoß. Das Feuer konnte jedoch bald gelöscht werden. Als die Bayern flüchteten, wurden sie von den Preußen überfallen und flohen. An unfruchtbar wurden viele Tote gefahren und auf dem Friedhof beerdigt. Die Gefallenen befinde bald nach dem Kampfe an einem Ort und schenkte der Kirche zwei silberne Altarfenster und ein Kreuzfig. Die wenigen Verluste bei diesem Gefechte sind darauf zurückzuführen, daß die Preußen auf höheren Befehl zum Teil mit Raspatronen getroffen wurden.

Aus Nah und Fern.

Magdeburg. In Göttingerleben (Bezirk Magdeburg) stülzte am Montag das vierjährige Mädchen des Arbeiters Haasman in einem unbedachten Augenblick in ein Gefäß mit kochendem Wasser. Mütterliche Hilfe war sofort zu Stelle. Die Verbrühungen waren aber so schwer, daß das Kind verstarb.

Magdeburg. Kreditwindel eines Zerklünderungsgeheimes. Von der Magdeburger Kriminalpolizei wurde der 26 Jahre alte Kaufmann Erich Thurnengel und seine Ehefrau verhaftet. Thurnengel betrieb mit seiner Frau in Magdeburg ein Zerklünderungsgeheimnis. Er verstand es, bei Warenentnahmen bei einer großen Reihe von Firmen einen Kredit bis zur Gesamthöhe von rund 70 000 RM zu erhalten. Nachdem die Waren angeblich abgeholt waren, erklärte er den Gläubigern gegenüber keine Zahlungsfähigkeit. Dem Ehepaar wird Kreditwindel, Betrug und Konturschleicherei zur Last gelegt. Sie werden dem Richter zugewiesen. Thurnengel ist wegen Betrugs und Unterschlagung bereits mehrfach verurteilt.

Magdeburg. Ungewöhnliches Geburtstagsgeschehen. Die hiesige Bahnhofsstation wurde am 1. Mai 1905 eröffnet. In diesen Tagen konnte sie daher die Feier ihres 25jährigen Jubiläums begehen. Eine gewiß nicht alltägliche Gabe hat ihr dazu nun ein Unbekannter zugehen lassen. Er sandte ihr die erste von der Station angelegene Fahrkarte, die auf eine Fahrt auf der Strecke Wöbblich-Königsborn lautete und die Nummer 0001 trägt, wieder zu. Die Karte ist auf einem Karton aufgefaltet, der außer dem Foto des damaligen Fahrgastes folgende Worte enthält: „Eine Wiederkehr zum Jubiläum der ersten Fahrkarte 0001 nur 25 Jahren. Viel Glück zu den nächsten Jahren.“ Diese seltene Jubiläumsgabe wird zum Andenken auf der Station öffentlich ausgestellt.

Magdeburg. Ereignis im Mordbuch. Der 19-jährige Bäckerlehre Kurt Tomczak aus Wismar, der im Verdacht steht, den Mord an den in Berlin bei Wernsdorf ausgeführt zu haben, konnte auf der Strafrechts-Versammlung im Wismar festgenommen werden. Er wurde dem Amtsgericht Wismar zugewiesen. Wie Tomczak angibt, habe er in der Zeitung gelesen, daß der Ueberfallenen 350 RM abgenommen worden sein sollen. Da sich aber in der Gestalt, die er aus der gestellten Handlung genommen habe, während er die Handtasche selbst fortwarf, nur 50 RM befunden hätten, habe er die fehlenden 300 RM lücken wollen und sich wieder an den Tatort begeben. Dabei wurde er gefassen und am folgenden Tage gelang seine Festnahme. Die festgenommene Handtasche konnte bisher nicht gefunden werden.

Berlin. Schwere Verbrechen. In der Potsdamer Straße ereignete sich ein schwerer Verbrechenfall. Infolge des schlüpfigen Alptraums kam ein Autobus ins Schleudern und stieß mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Die beiden Fahrzeuge wurden beschädigt. Neun Fahrgäste trugen Verletzungen davon, konnten jedoch sämtlich nach Krankenhausverrichtungen ihrer Wohnungen entlassen werden.

Berlin. Mord an der Ehefrau. Am Odenberg wurde eine Ehefrau ermordet. Die Frau in der Hohoper Straße 7 wohnende 65jährige Arbeiterin Marquardt hatte an den Hausvater einen Brief gerichtet, in dem er von Mitteilung machte, daß seine Frau tot in der Wohnung liege. Der Hausvater benachrichtigte sofort die Polizei, die die Wohnung öffnete. Man fand die im 64. Lebensjahr stehende Frau in Blut liegen als Leiche. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob der Tod durch Erschlagen oder durch Vergiftung eingetreten ist. Marquardt, der als Trinker bekannt war, ist verhaftet.

Chemnitz. Mörder der Familie in den Tod. Vorläufig wurde im Edelhof des Hauses Zhipauer Str. 17 die Familie des Buchhalters Otto Bötscher durch Gas vergiftet aufgefunden. Es handelt sich um den in ungewöhnlicher Stellung befindlichen 30-jährigen Stumpfschnitzwerksefter Otto Bötscher, seine gleichaltrige Ehefrau und das dreijährige Mädchen. Wie gleichseitig verlautet, soll der Grund zur Tat in Uneinigkeiten des Mannes zu suchen sein. Trotzdem er ein auskömmliches Einkommen hatte, soll die Familie über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Grimma. Korruptionsfall bei der Girokasse. In Grimma ist der Girokassenbeamte Dethner wegen schwerer Verbrechen im Amt festgenommen und dem Amtsgericht zugewiesen. Es handelt sich dabei um folgendes: In Leipzig ist die Firma Weiste in Konkurs gegangen. Dethner hat sich herausgestellt, daß Weiste durch die Girokasse in Grimma seit längerer Zeit im Kredit über Wasser gehalten worden ist. Eingehende Nachprüfungen ergaben, daß die Weiste ohne Wissen der für die Girokasse verantwortlichen Stellen durch den Kassierer Dethner seinen Schmutz Weiste gegeben worden sind. Die mit der Angelegenheit befaßte Kriminalpolizei hat bisher einen Betrag von 60 000 Mark als fehlend festgestellt. Der Kassierer Dethner selbst gibt an, daß für etwa 100 000 Mark wertvolle Wechsel zugunsten Weistes sich noch im Umlauf befinden, so daß der Gesamtverlust der Girokasse in Grimma auf 160 000 Mark beziffert werden muß. Die Girokasse gibt bekannt, daß der Betrag aus der Verleumdung gedeckt werden könne.

Gummersbach. Familien drama. Steinbrucher arbeitete seinen Sperrstein im Jagertal-Sperre bei Büdingenhausen einen leeren Sperrstein. Ein Mann des Wamlingens hat jetzt mit den Worten: „Wir liegen

alle drei im Wasser.“ Weiter fand man im Wagen Zulassungspapiere und einen Führerschein auf den Namen Paul Babach aus Solingen-Bald, 33 Jahre alt, Händler. Nachfragen in Solingen ergaben, daß es sich vermutlich um den Händler Knobloch, seine Frau und sein siebenjähriges Töchterchen handelt. Auf dem Wasser der Sperre schwamm eine blaue Herrenmütze. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die drei Insassen den Tod in der Talperre gesucht haben. Ihre Leichen hat man bisher noch nicht finden können. Der Grund zur Tat dürfte in unglücklichen Familienverhältnissen liegen.

Deutsche Verkehrspolitik.

Haushaltsausfluß des Reichstags.

— Berlin, 13. Mai.

Der Haushaltsausfluß des Reichstages begann die Beratung des Haushalts des Verkehrsministeriums. Der Reichstagsrat muß die Frage auf, ob die ungleichen Aufwendungen für den Großschiffahrtsweg vom Rhein zur Donau tatsächlich heute noch im Verhältnis zu dem volkswirtschaftlichen Nutzen ständen. Reichsverkehrsminister Guérard erklärte, im Einklang mit den Anschauungen des Reichstagsrats hinsichtlich der Deutschen Seemarine, daß die Frage der Verkehrsfrage und die Verkehrsfrage seien.

Die Frage der Tarifhöhe

Bei der Reichsbahn hängt die Regelung des Kraftwagenverkehrs, insbesondere mit der Kraftfahrzeugsteuer zusammen. Es ist ein unrichtiger Zustand, daß aus dem Personverkehr, der 272 Millionen Zuschuß erfordert, 15,1 Millionen Beförderungsmittel abgeführt werden müssen. In der Frage der Erhöhung der Persontarife nehme die Reichsregierung eine abweichende Stellung ein. Der Aachen-Rhein-Kanal ist technisch baumäßig, hängt aber mit anderen Kanalanlagen, wie dem „Hansfurt“ zusammen. Der Bau dieses Kanals verfiel sich bei der Neuorganisation des Reiches. Angenommen wurde u. a. eine Zentrumsentscheidung, daß die sämtlichen im Rahmen des West- und Ostprogramms zu behandelnden Verkehrsprojekten vom Reichsverkehrsministerium federführend bearbeitet werden sollen. Auf Antrag der Wirtschaftspartei wurden auch die Reisekosten des Ministeriums in Höhe von 95 000 Mark getrichen, ebenso die Rollen für Sachverständige um 50 000 und die für die Betriebe um 20 000 Mark getrichen. Bei den Reisekosten des Reiches hat die Deutsche Seemarine auf Antrag der Wirtschaftspartei 9340 Mark getrichen. Als dann Mollath (Wirtschaftspartei) die Streichung von 50 000 Mark von den Ausgaben der Deutschen Seemarine beantragte, erklärte der Reichsverkehrsminister, daß dieser Betrag bringend notwendig sei. Die Weiterverhandlung wurde auf Dienstag vertagt.

Glimmordprozeß Berner.

Widersprechende Angaben der Angeklagten.

— Karlsruhe, 14. Mai.

Unter großem Andrang des Publikums begann vor dem Schwurgericht der Glimmordprozeß gegen den Karlsruhe'ger Kriminalkommissar Karl Berner und die Ehefrau Louise Werthe. Das Gericht wurde durch ein großes Polizeigebölge abgepöbelt. Der Zutritt ist nur mit Karten gestattet. Die Kontrolle ist sehr streng.

Der erste Tag war bis in die späten Abendstunden mit der Vernehmung des Kriminalkommissars Berner ausgefüllt. Er schilderte eingehend seine persönlichen Verhältnisse. Die Vernehmung der Mitangeklagten Frau Werthe, die spät abends vorgenommen wurde, ergab Widersprüche zu den Aussagen Berners. Nach ihrer Aussage hatte sie das Gift auf der Wohnung Berners beschafft, während Berner angab, ihr das Gift, das sie nach einem anderen zur Verfügung von Ratten erhalten hatte, abgenommen zu haben. Auch erklärte sie, daß Berner gesteht habe, daß sie noch mit anderen Kriminalbeamten in unlauteren Beziehungen gestanden habe, was Berner aber bestritt. Auf Grund der begründeten Äußerungen wurde die Anklage gegen Berner bestätigt, daß sie beim Bezirksamt Karlsruhe ein Giftgeschicht beantragt hatte, den sie am 1. Mai erhielt. Am selben Tage kaufte sie in der Stadtapotheke die bewilligten 20 Gramm Arien, die sie noch am Nachmittag in der Wohnung der Zeugin Nikolaus in Karlsruhe-Beiertheim, die später vernommen wird, Berner gegeben hat. Die Angeklagte gab weiter an, daß sie, als sie von der Schwurgericht erkannt wurde Berner gehört habe, sofort flüchtig wurde. Als sie dann die Todesanzeige gefordert hätte, sei sie in der Überzeugung gewesen, daß etwas mit dem Gift vorgekommen sei. Bezüglich des Heiratsvertrages sagte Frau Werthe aus, daß nach dem Tode seiner Frau habe Berner das erteilte Mandat gesprochen, sie getrennt zu wohnen.

Falschmünzer verhaftet.

Große internationale Falschmünzerbande entdeckt.

— Paris, 14. Mai.

Der Pariser Polizei ist es gelungen, mehrere Dutzend falscher Falschmünzer, als sie gerade im Begriff waren, 15 falsche 50-Franc-Noten zu vertauschen.

Bereits vor mehreren Monaten hatte das Internationale Büro zur Untersuchung von Falschmünzern in Wien die Aufmerksamkeit aller europäischen Polizeibehörden auf eine große internationale Falschmünzerbande gelenkt. Die Falschmünzerabteilung der Pariser Polizei nahm ihrerseits die Beobachtungen auf, die jetzt von Erfolg gekrönt waren. Zunächst gelang es der Polizei, den aus Warschau gebürtigen Notener Berner in Paris festzunehmen, als er eine falsche Banknote von 50 Franc abgeben wollte. Schließlich konnten noch drei andere Mitglieder der Bande verhaftet werden. Die Falschmünzer entkamen ihrer Tätigkeit besonders in Belgien und in Frankreich.

Bei den Verhafteten handelt es sich um den 42 Jahre alten Ruffian Brower, der sich auch Jeltner, Kamperjohn und Brunen nannte und in Berlin, Augustburger Straße 36, wohnte, und die Rumänen Cohen und Stagnigros. Die Falschmünzer arbeiteten im großen und hatten umfangreiche Beziehungen nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika und Afrika, besonders in China. Aus der bei ihnen vorgefundene Korrespondenz geht hervor, daß die Falschmünzdrucker sich in der Umgebung von Berlin befinden muß.

Kleine Chronik.

Frauenflur am Rathaus in Lodz. Einige hundert arbeitslose Frauen führten das Rathaus in Lodz, drangen in die Büros und getrimmelten die Einrichtungen des östlichen Zimmers. Eine Polizeibeamtlinge mußte die mitgewilderten Arbeiter abhalten. Eine Zeitlang waren die unbefugten vierstündigen angestrebter Arbeit konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Schweres Autobusunglück bei Brüssel. In der Nähe von Brüssel rannte ein vollbesetzter Autobus gegen einen Baum und stieg um. Sieben Personen wurden schwer, acht leicht verletzt. Es handelt sich durchweg um Teilnehmer an einer Hochzeitsfeier.

298 Picasso-Bilder herbeigeschafft. Was in der Angelegenheit der Picasso-Bilder berichtet wird, hat die Berliner Kriminalpolizei dem Unterprüfungsrichter einen Bericht vorgelegt. 298 von den 400 Bildern sind durch den Maler Galtet von Frau Graf verkauft und inzwischen beschlagnahmt worden. Die übrigen 102 Bilder konnte man bisher noch nicht wiederfinden.

3000 Todesopfer des Erdbebens in Herbeibeißen. Die letzten Meldungen aus dem Erdbebengebiet von Herbeibeißen verzeichnen dort 3000 Todesopfer. Von entfernt gelegenen Punkten des Erdbebengebietes liegen jedoch immer tiefer zuverlässigen Mitteilungen vor, so daß endgültige Zahlen noch ausstehen.



Admiral Odetops Besuch beim griechischen Außenminister. Anlässlich des deutschen Flottenbesuchs in Griechenland trat der Führer des Besuchs, Admiral Odetops, dem griechischen Außenminister einen Besuch ab. Admiral Odetops beim Besuch des griechischen Ministeriums des Äußeren. In der Tür der deutsche Gesandte im Äußen, der an dem Besuch teilnahm.



Habscheß gegen Elisabeth Reiberg.

Die weltberühmte Sängerin Elisabeth Reiberg, die nach ihrer Rückkehr aus Amerika in diesen Tagen in Dresden im Gewerbestraße ein Konzert gab und beispielsweise Beifall erteilt, wurde nach Verlassen des Konzertsaales von einem Rechtsanwalt angehalten, der die sofortige Zahlung einer eingeklagten Forderung in Höhe von 25 000 Mark von ihr verlangte und im Falle einer nicht ungenügenden Zahlung einen Habscheß ausführen wollte. Erst nach Eintreffen eines Gerichtsarrestes, der die Hofmännlichkeit der Sängerin bezeugte, konnte sich diese in ihre Wohnung begeben.

Spiel und Sport.

Rebraer Sportvereinigung von 1924.

Fußball-Gruppen vom Sonntag.

N.S.F. I. Herren gegen F.F. L. Duerfurt II. Herren 2:5 (1:4)

N.S.F. II. Herren gegen F.F. L. Duerfurt III. Herren 2:4 (1:2)

Die Sonntag in Duerfurt ausgetragenen Freundschaftsspiele gingen beide verloren. Die erste Partie stieg ziemlich hoch. Allerdings war unsere I. Elf besser als es das Resultat zeigt. Bezüglich der Sturm Spiele war jedoch die Folge war, daß derselbe an der gleichartig im Spielenden Vortrieb der Duerfurter Mannschaft scheiterte. Die II. Elf unterlag der III. Mannschaft des N.S.F. Duerfurt 4:2.

Viele Äußer, viele Sinne, so heißt es wohl, und doch ist die große Gemeinde der deutschen Bauern kein einziges, das gegen die Mitter als idealen Nahrungsmittel darstellt. Seit Jahrzehnten leidet sie in der Folge unglücklicher Dienste: Wenige Tropfen versteinern augenblicklich das Denken und Gehen und verbleiben Ginstern und Salaten aller Art (oben Habscheß).

Sommer-Fahrplan der Unstrutbahn

Gültig ab 15. Mai.

Naumburg—Wittern			Wittern—Naumburg		
	N	W		N	W
4.59	9.12	15.50	18.17	20.41	
5.35	9.42	16.24	18.48	21.12	
6.01	10.07	16.53	19.16	21.37	
6.11	10.15	14.05	19.26	21.45	
6.33	10.33	14.23	19.47	22.05	
7.02	11.05	14.50	20.14	22.29	
7.07	11.12	14.55	20.19	22.34	

Samstag fährt der vordere Zug nach Wittern in Reichelheim um 19.45 ab.

Gienburg—Duerfurt

W		W		W	
	N		N		N
7.05	10.10	13.55	19.19	21.33	ab Gienburg ab
7.37	10.42	14.31	19.51	22.06	ab Gienburg ab
7.45	10.52	14.40	19.58	22.10	ab Gienburg ab
7.51	10.58	14.55	20.07	22.22	ab Gienburg ab

„Hemmende Rechtsopposition“.

— Frankfurt a. M., 14. Mai.

Reichsminister Treu eranus hielt auf einer Tagung der Arbeitseingeweihten der Reichsregierung die Besprechung einer Rede, in der er u. a. sagte: Die Regierungsarbeit wird sich nicht mit einer Kassenfinanzierung, die zunächst auf dem Papier steht, mit einem Verzicht auf die Behebung der landwirtschaftlichen Preis-Triebe angefaßt umgekehrter Vorräte und mit einem Disziplinprogramm begnügen können. Sie muß in den großen Rahmen eines vielmehreren Gebundenerwerbes der Arbeitsbeschaffung hineingestellt werden. Die formale parlamentarische Basis zwingt die Regierung zu formaler Rücksichtnahme auf die ungeliebte Haltung der Rechtsopposition, die sich von Fall zu Fall die parlamentarische Entschlossenheit über das Schicksal des Reichstages vorbehalten hat. Diese Opposition wird nicht ferner auf die unumgängliche Reformarbeit, sondern durch das Hemmend. Die Auseinandersetzungen innerhalb der politischen Reaktionsparteien über die Berechtigung und Notwendigkeit unbedingter Negation und positiver Mitarbeit sind weiter im Fluß und werden nicht zur Ruhe kommen, bis die klare Scheidung zwischen Misslingen und Aufwachen auf der Rechten durchgeführt ist. Die Frage nach der Umbildung der deutschen Parteien löst heute mehr Aufmerksamkeit als die Sorge um die Behebung der wirtschaftlichen Krise. Die Parteien werden, so heißt es in dem Aufsatz im „Kultur“, nicht mehr die entscheidende Hand in der Wirtschaftspolitik spielen. Man sollte sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politische Willensbildung von unten herauf einleiten muß.

Polen in der Zwischstufe.

Die Linke drängt auf Einberufung des Sejm.

Warschau, 14. Mai.

Der Warschauer Korrespondent der „Times“ veröffentlicht unter obenerwähntem Titel zwei Aufsätze, in denen die Wirtschaftslage Polens geschildert wird. Er kommt in ihnen zu dem Schluß, daß die Wirtschaftslage in Polen schlimm ist. Dies rief eine große Unzufriedenheit unter der Bevölkerung und ein hartes Anwachen oppositioneller Stimmungen gegen die Regierung hervor. Die Parteien würden, so heißt es in dem Aufsatz, zum Austritt gebrängt, weil das bisherige System nicht weiter gehandhabt werden kann. Sie fordern die Liquidierung der Diktatur und unterstützen diese Forderungen durch Abstimmungen. Neuwahlen dürften aber keine Besserung für die Regierung bringen; es herrscht nämlich die Meinung vor, daß die rechtlich durchgeführte Wahlen die Regierung nicht stärken dürften.

Diese Ausführungen des englischen Blattes dürften ein ziemlich treffendes Bild von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Polen geben. Wie der Draft meldet, ist die Einlage der linken Opposition nach Einberufung des Sejm mit wirtschaftlichen Problemen motiviert. Die wirtschaftliche Lage des Landes wird von Tag zu Tag schlechter. Die Arbeitslosigkeit und die Not der Bevölkerung in Stadt und Land erfordern es dringend, daß die Regierung ihren Plan bekanntgibt, auf welche Weise sie die Krise zu bekämpfen gedenkt, die nicht nur Maßnahmen der Verwaltungsbehörden notwendig macht, sondern vor allem Dinge, die sehr eingehende gesetzliche Arbeit erfordert, die schon seit vier Jahren auf künstliche Weise gehindert wird.

Allmählich haben sich die Parteien von dem Schreden über Pilsudskis Mai-Amsturz erholt.

Die Rechtsopposition, die Nationaldemokraten, die durch Pilsudskis Machtgreifung am schwersten betroffen sind, weil sie vorher die Regierung in Händen hatten, sind energisch beim Ausbau ihrer Organisation. Sie lassen sich von dem jetzigen Ringen zwar den linken Oppositionsparteien die Vormacht, aber sie hoffen, bei etwaigen Neuwahlen die Zahl der Mandate zu verdoppeln. Bei unbeeinträchtigten Wahlen ist das nicht unwahrscheinlich, da das Oberste Gericht bisher 33 Mandate für ungültig erklärte, weil sich die damalige Pilsudski-Regierung unberechtigte Eingriffe in die Wahlen erlaubt hatte. Wahlmacher der Regierungskoalition war aber niemand anders als der jetzige Premierminister Galeski.

Bei den linken Parteien spielen verschiedene Gründe mit, auf die Einberufung des Sejm zu drängen. Da erfahrungsgemäß eine schlechte Wirtschaftslage von den Wählern immer der jeweiligen Regierung in die Schuhe gehoben wird, so ist die Ansicht des Warschauer Blattes „A.B.C.“, der linke Block werde bei Neuwahlen nicht wie das vorige Mal verlieren, sondern fünf Millionen Stimmen, und damit die Majorität im Sejm erhalten.

Siehe jetzt freilich das große „Aber“ ein. Alle Erfahrungen sprechen dafür, daß, wie die Wahlen ausfallen mögen, das Wort des Marschalls Pilsudski noch wie vor den Ausschlag geben wird. Der mehrfache Ministerpräsident, Professor Bartel, hat dabei mit seiner Erklärung nur zu recht, daß zu Zeiten des Marschalls eine Regierung in Polen ohne Pilsudski unmöglich ist, weil dieses System ein freies Spiel der politischen Kräfte voraussetzt und damit wird auch die wirtschaftliche Not nicht beseitigt werden können. Der sehr ruhige Krakauer „Gazeta“, ein Blatt, das sich zur Regierungsoberheit rechnet, föhrt färltzlich fast, daß die Regierung Slawet alle Wege verzipert habe. Dieses Urteil ist nur zu berechtigt, denn die politische Anleihe in Amerika ist, seitdem die Dorthen an der Regierung sind, von 95,5 auf 72 Prozent gefallen.

Schlechte Presse für Mussolini.

Des Duces Rede in französischem Licht.

Paris, 14. Mai.

In sehr scharfer Form reagiert die französische Presse — vor allem die linkslebenden Blätter — auf die von Mussolini in Vitorino gehaltenen Rede.

Das tabulae Deuere

Schreibt, daß man sich frage, wenn Mussolini so geharnischte Anspielungen widme, da niemand Italien bedrohe. Es sei nur zu klar, daß es gegen Frankreich gehe, das man seitens der Alliierten übertrieben als mit Land überfälltig bezeichne. Doch selber bei den Verfaller Verhandlungen begangen worden seien, die nicht zu leugnen, aber warum hätte der Faschismus sich deswegen einzig und allein an Frankreich? Warum nicht Mussolini nicht, daß er, wenn er vor Rechte freigeht, seinen Nachbarn zuzieht, erst recht empfindlich zu werden, und daß er damit namentlich die Souveränität der anglichen Frankreich und Italien vor zwei Jahren angegriffen Verhandlungen, die sich seitdem so jämmerlich dahinschleppen, verschärft?

Die Volontés

fragt: Freiwillich stellt sich Mussolini an die Spitze der Staatsmänner, die mit dem europäischen Status quo nicht

aufziehen sind. Der Faschismus will also eine Verschwörung gegen die Verträge von 1919 leiten.

Das nationalistische Blatt „D'Ordre

deutet natürlich die Aktion im deutschfeindlichen Sinne und erklärt, Deutschland sei es, das das französisch-italienische Mißverständnis zu seinen Gunsten ausbreite, wodurch wieder einmal gezeigt wird, daß selbst Konflikte zwischen zwei Nationalen, in denen Deutschland absolut nichts zu tun hat, doch gehalten müssen, eine sehr üblester Art zu infanterien, eine Lastlage, die natürlich rechtliche Umne findet, welche an sie glauben.

Täglich dreimal Flugdienst London.

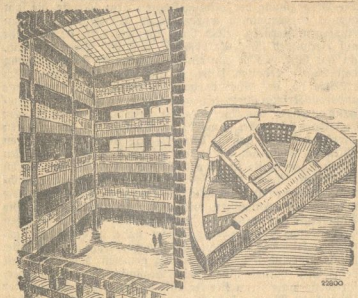
Berlin, 14. Mai. Am Donnerstag, den 15. Mai, wird die Express-Flugverbindung der holländischen Luftverkehrsgesellschaft zwischen Berlin und Rotterdam mit direkten Anschluß nach London wieder in Betrieb genommen werden. Die Flugzeuge verlassen Tempelhof um 13.30 Uhr und treffen in Rotterdam bereits um 18.05 Uhr ein. Landung in London 22.25 Uhr. Damit wird eine Parallelverbindung zu der Strecke Berlin—Hannover—Amsterdam—London der Deutschen Luftverkehrs-Gesellschaft. Außerdem besteht die Sonder-Flugverbindung für Post und Fracht, so daß nunmehr täglich drei Flugzeuge zwischen der deutschen und der englischen Hauptstadt verkehren.

Austrufstimmung in Gernersheim.

Gernersheim, 14. Mai. In Gernersheim verarmmelten sich weit über 3000 Hybriden-Pflanzen aus dem pfälzischen Weingebiet und dem rheinischen Baden, um gegen Strafgebote wegen verbotswidrigen Anbaues von Amerikaner-Reben zu protestieren. Es bildete sich ein Demonstrationszug, dem vor dem Bezirksamt ein hartes Gendarmeneingebot entgegenkam. Während eine Abordnung in dem Amt vorpforderte, herrschte auf der Straße große Unruhe. Die Mäntel verhielten wiederholt die zum Bezirksamtsgebäude vorzubringen, so daß Gendarmeneingebots mit Karabinern hinzugezogen wurden. Die Erregung wurde dadurch noch größer und die Menge machte mehrere gewalttätige Vorstöße, so daß noch eine weitere Abwehrungsstufe aufgestellt wurde. Nur den beruhigenden Worten des Führers war es zu verdanken, daß es nicht zu weiteren Ausschreitungen kam. Auf dem Unterpflanzland fand jedoch eine öffentliche Kundgebung statt, an der etwa 5000 Personen teilnahmen. Nach Ansprachen des Reichstagsabgeordneten Dr. Juller und des Vorstehenden der Pfälzer Bauernvereinigungen wurde der Verbotswiderstand als Entschlossenheit, in der die Zurücknahme des Unbauverbotes und die Unterstufung des Hybridenbaues verlangt wird. Nach mehrstündigen Verhandlungen mit dem später erschienenen Landwirtschaftsdezernenten der Kreisregierung wurde für die vorgetragenen Forderungen die Zusage der Unterfertigung gegeben. In einem Telegramm an den landwirtschaftlichen Wirtschaftsminister wurde ferner ein sofortiger Befehl über die vorläufige Stellung der Staatsregierung zur Hybridenfrage gefordert.

Verunglückter im Kieler Munitionsexplosion.

Kiel, 14. Mai. Im Kieler Munitionsexplosion, der bekanntlich nach zweijähriger Voruntersuchung mit einer Freisprechung der Kaufleute Schwarz, Reimann und Dangs und Genossen von dem Vorwurf der Waffenlieferung endete, ist jetzt auf die Beratung des Staatsanwalts Termin zur Hauptverhandlung gegen den freigesprochenen Urteil des Schöffengerichts auf den 12. Juni, vormittags 9 Uhr, vor der Strafammer Kiel anberaumt worden.



Am 15. Mai fährt sich zum fünften Male der Tag, an dem die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft gegründet wurde. Das neue große Funkhaus in Berlin, das die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft zusammen mit der „Funkstudie“ A.G. Berlin nach Plänen von Professor Hans Poelzig erbaut hat, wird in seiner künstlerischen und modernen Formgestaltung ein Wahrzeichen Berlins werden und den gesamten deutschen Rundfunk verkörpern. Links: Einbild in den großen Lichthof des Vordergebäudes, der mit einem Grundriß von 9x20 Meter und 17 Meter Höhe den Mittelpunkt des Hauses bildet. Rechts: Ein Bild aus der Vogelstau über das neue Funkhaus. Das Haus ist ein dreistöckiger Kubus und nimmt eine Fläche von 7588 Quadratmeter ein.



Eine Frau als Führer der Anhänger Gandhis. Sarojini Naidu ist die neue Führerin der Anhänger Gandhis, die mit passivem Widerstand die Unabhängigkeit Indiens erreichen wollen. Bezeichnend für die politische Bedeutung der Frau in Indien ist, daß nun die Führerin Sarojini Naidu Gandhis Stelle einnehmen soll. Sie war übrigens auch Führerin der indischen Delegation auf dem Welt-Frauentag 1929.

Öffentliche Versammlung Morgen, Freitag, abends 8 Uhr

in der Hotel „Zur Duna“:
Vortrag des Oberinspektors Hans Mann über Der Haus- und Grundbesitzer vor neuen Gefahren, und Möglichkeiten zur Abwehr
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand des Haus- und Grundbesitzer-Vereins.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Kraftpostkommernfahrplan 1930

Table with routes and times for Kraftpostkommernfahrplan 1930. Columns include routes like 'Wiehe-Roßleben-Querfurt' and 'Roßleben-Wiehe-Wohlmirkecht', and times for departure and arrival.

Die Linie verkehrt von Montag, Mittwoch, Sonnabend u. nur an Werktagen. — Bedarfsstellen sind in Roßleben am Markt, Wiehe, Roßleben, Wiehe, Dammföcher, Forchhaus, Gernersheim, Reimsacker, Gohlhof und Bahnd. Oberleben. — Die Einfahrt wird bis 22.00 Uhr durchgeführt, in Sonderfahrt bedarf unmittelbarer Kaufstellenantrag nach Halle: an Halle Marktplatz 10.49, Wieheplatz 10.55; ebenje bei der Rückfahrt in Querfurt 12.45 ab Halle Wieheplatz 10.50, Marktplatz 11.05.

Table with routes and times for Kraftpostkommernfahrplan 1930. Columns include routes like 'Roßleben-Wiehe-Wohlmirkecht' and 'Wohlmirkecht-Wiehe-Roßleben', and times for departure and arrival.

Bedarfsstellen sind in Roßleben am Markt, Wiehe, Roßleben, Wiehe, Dammföcher, Forchhaus, Gernersheim, Reimsacker, Gohlhof und Bahnd. Oberleben. — Die Einfahrt wird bis 22.00 Uhr durchgeführt, in Sonderfahrt bedarf unmittelbarer Kaufstellenantrag nach Halle: an Halle Marktplatz 10.49, Wieheplatz 10.55; ebenje bei der Rückfahrt in Querfurt 12.45 ab Halle Wieheplatz 10.50, Marktplatz 11.05.

Wegen Sonderfahrten werde man sich an die Betriebsleitung der Linien Postamt Wiehe (Anfrucht) Fernsprecher Roßleben 283.

Film-Vorführung:

„Der neue Mensch“
Für Erwachsene abends 8 Uhr — Eintritt 30 Pf.
Kreiszwehfahrtsamt Querfurt.

Nach dem Rhein!

Mit meinem wie bekannt für Gesellschaftsfahrten vorteilhaft ausgerüsteten Personen-Omnibus veranstehe ich voraussichtlich am 26. Mai eine fünftägige Fahrt nach dem Rhein und dem Rhein entlang.
Anmeldung zu dieser gennussreichen Fahrt erbitte ich möglichst sogleich. Eine vorherige Besprechung der Teilnehmer behufs Ausweisung von Wünschen zu dem in Aussicht genommenen Reiseprogramm ist vorgesehen. Die Teilnehmergebühr ist äusserst niedrig berechnet.
EMIL SCHRECK, ROSSLEREN

Der Jungdeutsche

Zeitung für Volkskraft und Gändereichen.
Der „Jungdeutsche“ ist ein Gennügnungsblatt, das gegen den parlamentarischen Freistaat und für den organischen Volkstaat und die Neugliederung des Deutschen Reiches kämpft. Der Grenzlandkampf des deutschen Volkes und der Kampf der „Jungdeutschen“ mit besonderer Schärfe geführt. Der „Jungdeutsche“ verfügt über einen großen eigenen Nachrichtenendienst, der über alle Vorgänge in der deutschen Innenpolitik unterrichtet und der insbesondere die Vorgänge in der nationalen Bewegung und die Politik der großen Mächte verfolgt.
Der „Jungdeutsche“ verfügt als die einzige Zeitung gegen das Verfaller Diktatur über eine fünfjährig bestehende Verlagsstelle in über 5000 Postorten. Er ist deshalb ein besonders wirksames Infektionsorgan. Bezugspreis: monatlich 2,70 Mt., ausschließlich Postbefreiung.
Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 218.

Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Kopenhagen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kopenhagen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kopenhagen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 58

Donnerstag, den 15. Mai 1930

43. Jahrgang

Frühhof Nanzen 4

Kopenhagen, 13. Mai.

Frühhof Nanzen ist heute nachmittag um 2 Uhr in seiner Villa in Jørgen bei Oslo gestorben.

Nanzen war der bedeutendste norwegische Polarforscher und Staatsmann der letzten Generation. Er hat Norwegen in wichtigen politischen Situationen zum größten Vorteil seines Landes vertreten, so vor allem 1906 bei der Union-Auflösung in Schweden. Außer seiner wissenschaftlichen Betätigung hat er als Diplomat gedient. So war er Norwegens Gesandter in London, jahrelang Norwegens Vertreter in Genf. Er war als Missionar in der ganzen Welt bekannt. In den letzten 3 Wochen war er kränkelnd und man befürchtete schon damals das Schlimmste. So mußten Besuche im Ausland, die er geplant hatte, abgelehnt werden. Seine Mitarbeiter an den Polarisierungen mußte er ebenfalls abschieben. Nicht nur Norwegen, sondern die ganze Welt verliert in Nanzen eine der fürstlichen und vornehmsten Persönlichkeiten.

Um die Auflegung der Young-Anleihe.

Die Spitzenglieder bei der B33.

Basel, 14. Mai.

Den Unterausschuss der Bank für Internationale Zahlungen, das zusammen mit der Bankiers- und der Wertpapier- und der Schöpfer in Basel über die Auflegung der Young-Anleihe verhandelt wird, gehören u. a. an der Reichsamtpräsident Dr. Lutzer, Geheimrat Finanzrat Dr. Wode, der Gouverneur der Bank von England, Monique Norman, Abgeordneter Trödel, der Vertreter der Belgischen Nationalbank, François Professeur Benoist, der französische Sachverständige Morel und Generaldirektor Olesen.

Die Bauleitung ist u. a. durch die Ausschüsse der weiteren Angehörigen treffen, wobei die Wahl nicht nach Nationalitäten, sondern nur auf Grund der Eignung der betreffenden Persönlichkeiten erfolgen soll. Die Befolgungsgrundsätze des Völkerbundes sind auch hier in einer gewissen Weise richtunggebend.

Das Gehalt des Präsidenten des Verwaltungsrats der B33, beträgt rund 200 000 Mark jährlich, das Gehalt des Vizepräsidenten rund 160 000 Mark. Generaldirektor Olesen erhält jährlich eine Gehaltszulage von rund 125 000 Mark, der deutsche Botschafter Dr. Hüls 105 000 Mark, Direktor Pissotti 80 000 Mark.

Verkehrsversteuerung.

Erhöhung der Städtgarantie am 1. Juni.

Berlin, 13. Mai.

Die von reichsbahnamtlicher Seite mitgeteilt wird, wird die Umgestaltung der Höhe der Städtgarantie und der Exprohibit- und Gepardtarife, die für etwa 50 Millionen Mehreinnahmen bringen sollen, am 1. Juni d. J. in Kraft treten.

Der Reichsverkehrsminister hat es bei seinen Beratungen mit der Reichsbahn anheimgestellt, eine allgemeine Personalentlastung vorzunehmen. Die Prüfung dieser Frage, die auf verschiedene Widerstände gestoßen ist, wird voraussichtlich noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Der Ende Mai oder Anfang Juni dürfte kaum eine Entscheidung fallen.

Zur Erläuterung ist noch zu bemerken, daß Anfang d. J. von der Reichsbahn eine Erhöhung der Tarife im Gesamtbetrage von 150 Millionen gefordert wurde. Diese Summe von 150 Millionen hat sich inzwischen um 16 Millionen, nämlich um die Erhöhung der Stadtbahngehaltarten ermäßigt. Die Reichsbahn hätte außerdem die Möglichkeit den restlichen Betrag von 84 Millionen durch eine Erhöhung der Wagenladungstarife sowie der Zeitkarten, die im Oktober 1928 nicht erhöht worden sind, zu decken. Der Reichsverkehrsminister war jedoch der Ansicht, daß man anstelle einer Zeitkartenerhöhung vielleicht zweckmäßigerweise eine allgemeine Personalentlastung vornehme.

Aufgaben der Finanzpolitik.

Eine Rede Dr. Modenbauer.

Jorh, 13. Mai.

Reichsfinanzminister Dr. Modenbauer sprach in einer Verammlung der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Frankfurt (Oder) über die finanzielle Lage des Reiches.

Er führte u. a. aus: Das erste Ziel der Finanzpolitik müsse sein, die Steuern zu senken. Die Verordnungen dafür sei eine geordnete Haushaltung des Reiches. Er habe dafür bei der Übernahme seines Amtes völlig zurechteten Reichsfinanzen zunächst in Ordnung bringen und einen in sich ausgeglichenen Haushaltsplan aufstellen müssen. Das sei nur möglich durch neue Steuern.

Im nächsten Jahre könne eine Senkung der Steuern um etwa 600 Millionen Mark durchgeführt werden, falls die Regierung Erträge im Jahre bliebe.

Im nächsten Jahre drohe allerdings Gefahr von der völlig unzureichenden Befähigung des Haushalts durch die Erwerbslosigkeit. Deswegen müsse Hand in Hand mit den Steuerentlastungsmaßnahmen

eine vernünftige Sozialpolitik

gehen, die zwar alle berechtigten Forderungen erfülle, aber Überbeanspruchungen und Auswüchse des Systems bejeite. Die Erwerbslosigkeit müsse nicht an ihren Symptomen

turtet werden, sondern müsse an der Wurzel angefaßt werden, dadurch, daß man die Wirtschaft belebe und Arbeit schaffe. Eine letzte Maßnahme stelle das von der Sozialdemokratie als reaktionär beäufte Dioprogramm dar, das von der Regierung verabschiedet worden sei und am Mittwoch dem Reichstag und dem Reichsrat zugehen werde. Und über

Die Hebung des Roggenpreises seien von der Reichsregierung wichtige Beschlüsse gefaßt worden. Die Sicherung des Meins, die große Schlußfrage des deutschen Volkes, sei gleichzeitig ein Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Ferner müsse eine allgemeine Ausgabenlenkung im Reich, in den Ländern und Kommunen durchgeführt werden. Das Reichsfinanzministerium habe bereits einen Ausgabenlenkungsentwurf ausgearbeitet.

Man werde nicht in der bräutlichen Form des Beamtenabbaues, sondern durch Aufgabenerweiterung, Zusammenlegung von Behörden, Befestigung überflüssiger Dienststellen, eine Rationalisierung der Verwaltung anstreben.

Damit sei man bei dem letzten und größten Ziel angelangt, der Reichsreform, in die alle anderen Maßnahmen organisch einmünden.

Zentrumsrat in Preußen.

Programmalige Rede des Abgeordneten Hefz. Am ehemaligen Herrenhaus war das preussische Zentrum zu seinem Parteitag zusammengetreten, zu dem nahezu 600 Delegierte aus dem ganzen Lande erschienen waren. Am Vornachmittag der preussischen Zentrumsversammlung wurde Dr. Hefz zum Vorsitzenden der preussischen Zentrumsversammlung gewählt. Dr. Porich und Herold wurden zu Ehrenvorsitzenden ernannt.

Dr. Hefz erklärte, daß man sich rechts und links darüber klar sein müsse, daß die Deutsche Zentrumspartei ihre Parteifraktion aufrecht stellen wolle.

Wenn die preussische Parteifraktion die Verantwortung für ihre Politik vor dem Lande tragen sollte, so müsse sie auch ihre politische Linie selbst bestimmen. Namentlich die Rechte, sollte sich bei ihrem Tun oder Lassen im Reich endlich freimachen von dem ewigen Schielen nach der Macht in Preußen.

Wenn ich aber, so erklärte er, die größte Partei des Reichstages ist, so laubtobenden Male in kritischen Augenblicken aus offenbar rein agitatorischen Gründen der Verantwortung entziehe, so sollte sie sich endlich darüber klar werden, daß das eine ganz unannehmbare Schädigung für die Idee der deutschen Demokratie bedeute.

Es kann nicht erkannt werden, daß sowohl der Mangel an Verantwortungsgefühl bei der Sozialdemokratie im Reich als auch die rücksichtslose Form der Opposition, die seit Wochen in der ganzen sozialdemokratischen Presse beliebt ist, für das staatspolitische Zusammenarbeiten der jetzigen Koalition in Preußen zum mindesten nicht förderlich ist. In mehreren Punkten der Tagesordnung nahm u. a. auch die Ministerfraktion teil. Dr. Siegenwald des Wort. Siegenwald erklärte, daß die Steuerpolitik in den nächsten Jahren nicht sozial sein könne, weil wir durch den verlorenen Krieg und die Reparationslasten eine vollständige Umstellung in Deutschland erfahren hätten. Die Ausgaben müßten vor allem beschränkt werden, und man könne erst dann an einen Abbau der unbilligen Steuern herantreten.

Minister Hirtfelder erörterte in kurzen treffenden Worten, das wichtige Problem der richtigen Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land.

Dann nahm der Parteivorsitzende Abg. Hefz das Wort zu einer Schlußansprache, in der er noch einmal auf die systematische Agitation der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Brünning und gegen die Person des Reichsanstalters zu sprechen. Auch der preussische Ministerpräsident Braun, gewiß ein Staatsmann von Format, habe sich mit Ernst gegen diese unpolitische Hege gemahnt, aber der Huppel Brauns sei von dieser in seiner Weisheit befolgt worden.

Einstimmig angenommen wurde dann eine Entschließung, in der der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die Berliner Verhandlungen vor restlosen territorialen und wirtschaftlichen Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich führen. Von der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes wird die Abberufung des französisch-belgischen Bevollmächtigten im Saargebiet und eine Aufforderung an die Regierungskommission erwartet, den französischen Plänen, deutsche Kinder in französische Schulen zu zwingen, wirksam entgegenzutreten.

Anschlußstunde in Würzburg.

Tagung des Defterreichisch-Deutschen Volksbundes.

Würzburg, 13. Mai.

In Verbindung mit der Wähler von der Vogelweidefeier veranstaltete der Defterreichisch-Deutsche Volksbund in Würzburg seine Tagung. Die einzelnen Fachauschüsse für Fragen der Anschlußstunde traten zur Beratung zusammen. Abends sprach Bundesvorsitzender Dr. Stresemann-Wien über die kulturelle Mission der Ostschweizer in Nord und Süd.

Im Anschließung an die Tagung fand eine große Anschlußstunde statt. Teils vom politischen, teils vom kulturel-

len und geschichtlichen Standpunkt aus wurde von allen Rednern der Anschlußgedanke auf das Innigste begrüßt. Auch Reichspräsident Eder ergießt im Laufe der Debatte das Wort und erteilt die Tätigkeit des Deutsch-Defterreichischen Volksbundes seit seinem zehnjährigen Bestehen, in welchem Zeitraum schon viele Schwierigkeiten überwunden worden seien. Die Schritte, die Schöber in London, Rom und Paris unternommen habe, seien beschlag zu begründen, weil sie den Zweck verfolgten, Defterreich neue Kräfte zu verleihen.

Die Ratstagung eröffnet.

Sechs Außenminister in der Sitzung.

Genf, 13. Mai.

Die Tagung des Völkerbundesrats ist mit einer gemeinsamen Sitzung unter dem Vorsitz des jugoslawischen Außenministers Maritschewitsch eröffnet worden. Die Außenminister Curtius, Grandi, Briand, Joffe und Henderson waren anwesend.

Sie der sofort begonnenen Besprechungen wurde von der Ernennung Dr. Wertheimers als deutscher Mitglied der Informationsabteilung des Völkerbundessekretariats Kenntnis genommen. Die amtlige Besprechungen sind in einer der nächsten Sitzungen der Tagung erfolgen. Ferner ernannte der Völkerbundesrat Ministerialrat Professor Traute zum deutschen Mitglied des Völkerbundesauschusses für die Bekämpfung der Schlafkrankheit. Dem Völkerbundesrat lag sodann das Austritts schreiben des deutschen Mitgliedes des Finanzsausschusses des Völkerbundes, Dr. Meißner (Bankhaus Warburg), vor. Die Ernennung eines Nachfolgers wird voraussichtlich erst im September erfolgen.

Der Völkerbundesrat nahm weiter die Erklärungen der Vertreter Ungarns und Ruminiens entgegen, daß der seit Jahren auf der Tagesordnung des Völkerbundesrats stehende ungarisch-rumänische Ostrentenstreit von der Tagung abgehängt wird, jedoch unter dem Vorbehalt der Ratifikation des in Paris abgeschlossenen Disputationsabkommens.

Die Zollfriedensfrage.

Im der ersten öffentlichen Sitzung des Völkerbundesrates erlariete

Reichsaussenminister Dr. Curtius

den Bericht über die Ergebnisse der Zollfriedenskonferenz. Der Bericht vermerkt u. a., daß das ursprünglich vorgelegene Abkommen über einen allgemeinen Zollfrieden nicht zu Stande gekommen sei, und gibt eine Darstellung des auf der Zollfriedenskonferenz angenommenen Abkommens über die einjährige Verlängerung der handelsverträge bis zum 1. April 1931, das bisher von 18 europäischen Staaten unterzeichnet worden ist. Der englische Außenminister Henderson gab eine Erklärung ab,

nach der die englische Regierung größte Bedeutung auf weitere wirtschaftliche Verständigungsverhandlungen lege.

Die lediglich eine laudische Folge der Abschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz und der bisherigen Arbeiten des Völkerbundes auf wirtschaftspolitischem Gebiet darstellten. Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.

Die Verhandlungen über den Zollfrieden zwischen den Staaten, und die Abkommens, an dem sich das Völkerbundesamt beteiligen wird, sind dem Rat in der nächsten Sitzung zu berichten.